

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonntage Morgens und am Montage Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Berbergasse Nr. 2) und anwärts bei allen königlichen Post-Anstalten angenommen.



# Danziger Zeitung.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Anwärter 1 Thlr. 20 Sgr. Inserate nehmen an: in Berlin: A. Neumeyer, in Leipzig: Aden & Fort, S. Engler, in Hamburg: Haasenstein & Vogler, in Frankfurt a. M.: Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Gartmanns Buchbldg.

## Lotterie.

[12. Ziehungstag am 5. Mai.] Es fielen 109 Gewinne zu 100 Thlr. auf Nr. 209 250 1171 1292 1761 1807 2121 3206 5104 5511 6059 9435 12,688 12,979 15,802 16,388 17,434 17,887 19,329 19,629 20,462 20,992 21,261 22,277 23,292 23,333 23,517 24,961 25,761 25,880 26,403 27,500 27,703 27,767 29,482 30,829 32,012 32,527 32,582 34,466 34,522 35,002 35,281 36,559 37,272 37,290 37,421 39,367 41,244 41,387 41,876 43,110 43,571 44,335 44,353 46,498 48,030 48,146 48,807 49,839 51,397 51,736 52,066 52,075 53,723 54,289 55,356 57,909 58,411 58,951 59,093 59,181 59,903 60,128 62,447 62,710 63,202 64,051 64,761 66,967 67,317 67,556 67,705 68,139 69,223 72,818 73,299 73,784 75,977 76,602 77,381 77,442 78,850 80,491 81,451 82,584 83,890 84,149 86,181 86,791 87,027 87,609 89,017 90,169 90,442 91,045 92,146 93,096 94,876.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 6. Mai, 5 Uhr Nachm.  
Berlin, 6. Mai. (Abgeordnetenhause.) Fortsetzung. Die Stats der Lotteriewaltung, der Seehandlung, der Bank und der Staatsschuldenverwaltung werden nach den Vorträgen der Commission vorläufig festgestellt. Das Gesetz, betr. die Ueberföndung von Geld und geldwerthen Papieren, ebenso das Gesetz, betr. einige Veränderungen des Reglements der Offizierwitwenkasse werden ohne Discussion einstimmig angenommen. Die von den Abg. Rette und Genossen eingebrachte Kreisordnung und ländliche Polizeiordnung beantragt die verstärkte Gemeindegemeinschaft abzulehnen, was das Haus einstimmig annimmt. — Nächste Sitzung Dienstag.

## Die deutschen Genossenschaften und die deutschen Landwirthe.

In Nr. 14 der land- und forstwirtschaftlichen Ztg. für die Provinz Preußen wird die Aufhebung der Wuchererbeschränkung und zwar wird für die Aufhebung unter der Bedingung gestimmt, daß den Landwirthen für den ihnen durch diese Maßregel entstehenden Credit-Verlust in anderer Weise ein Ersatz gegeben werde; sowie die kgl. Staatsbank für den Credit der Kaufleute Sorge, eben so solle eine Staats-Hypotheken-Bank den Landwirthen Credit schaffen.

Diese wenigen Sätze verstoßen so sehr gegen eine gesunde Volkswirtschaft, daß eine Besprechung in weiteren Kreisen als jene Zeitung umfaßt, für geboten erscheint. Die Anregung einer solchen Besprechung ist der Zweck dieser Zeilen.

Daß die Wuchererbeschränkung den Credit der Landwirthe aufrecht erhalten, muß entschieden bestritten werden, denn derjenige Landwirth, dessen Verhältnisse gut sind, wird stets für mäßige Zinsen Geld erhalten, dagegen erhält der in schlechten Verhältnissen lebende Landwirth auch heute kein Geld zu 5 oder 6 pCt., er muß vielmehr unter dem Schutze der Wuchererbeschränkung 10, auch 20 pCt. an Zinsen zahlen; dies wird so bleiben mit und ohne Wuchererbeschränkung.

Der kgl. Bank sorgt keineswegs ausschließlich für die Kaufleute, der größte Theil der größeren Güterbesitzer benutzt ebenfalls den Bank-Credit. Ebenso wie für den kleinen und mittleren Kaufmann und Industriellen die Staatsbank ohne allen Nutzen ist, ebenso verhält es sich mit dem kleinen und mittleren Landwirth. Schon deshalb, weil die kgl. Bank und ähnliche Staatseinrichtungen für den überwiegenden größten Theil des Volkes ohne Werth sind, erklärt sich die heutige Volkswirtschaftslehre gegen alle solche Staatsinstitute. Daß der Staat, d. h. in diesem Falle der durch die Abgaben des gesammten Volkes gefüllte Staatskassirer, für den Geldbedarf einzelner Volksklassen sorgen solle, ist eine Lehre, welche im deutschen Volke glücklicher Weise keinen Boden gefunden hat. Die Franzosen verlangen vom Staate Alles, sie betrachten ihn als die Vorsehung, welche für Alles und für Alle zu sorgen hat; die Deutschen dagegen verlangen vom Staate in wirtschaftlicher Beziehung nichts als Begründung aller Hindernisse — freie Bahn — helfen werden sie sich selbst. Dort Staatshilfe, hier Selbsthilfe. Dort verschwindet das Individuum unter der Wucht des Staates; nicht der Einzelne, sondern der Staat ist verantwortlich, — hier entwickelt sich das Individuum zur schönsten stitlichen Blüthe, nicht der Staat, sondern jeder Einzelne übernimmt die Verantwortung für sein Geschick. Die Staatshilfe macht die Menschen zu Maschinen, die Selbsthilfe schafft Männer. Also vom volkswirtschaftlichen und stitlichen Standpunkt aus müssen wir die Staatshilfe verwerfen und die Selbsthilfe überall einzuführen suchen.

Daß diesen Behauptungen nicht bloß theoretische Anschauungen zu Grunde liegen, daß sie vielmehr dem wirklichen Leben unseres Volkes entsprechen, dafür hat der Mittelstand unserer Städte durch die Genossenschaften den Beweis geliefert. Handwerker und kleine Geschäftleute haben unter Führung von Schulze-Dehliß eine große Geldmacht geschaffen und dadurch dem gesammten Volke gezeigt, was die ureigene stitliche Kraft vermag. Gerade diese Männer waren vorher fast ganz creditlos; creditirte ihnen der Kaufmann die zu ihrem Gewerbe erforderlichen Materialien, so geschah es gegen hohe Preise, also indirect gegen hohe Zinsen, ein Umstand, den kein Gesetz verhindern kann.

Es dürfte von allgemeinem Interesse sein, durch Zahlen nachzuweisen, wie sehr sich die Genossenschaften, dieser eine

warum verlangen sie — wenigstens ein Theil derselben — Staatshilfe, während ihre Mitbürger in den Städten sich selbst helfen? Einzelne Landwirthe gehören zwar Voranschüßvereinen an, die Mehrzahl dagegen hält sich fern von ihnen und zwar wird häufig als Grund angegeben: der Credit sei zu gering und der Zinsfuß zu hoch. Beides ist aber nicht stichhaltig. Abgesehen von der nothwendigen Sicherheit, ist das Maximum des dem einzelnen Mitgliede zu gewährenden Credits abhängig von der Größe des Betriebsfonds des Vereins; dieser besteht aber aus dem eigenen Vermögen des Vereins und aus dem geliehenen Capital, die Größe des letzteren wird aber bei einer gesunden Verwaltung bedingt durch die Größe des ersteren; mit dem Wachsen des eigenen Vermögens wächst auch der Credit des Vereins und das Maximum des dem einzelnen Mitgliede zu gewährenden Voranschusses kann erhöht werden. Beispielsweise konnte der hiesige Verein Anfangs nur bis 300 R. Credit geben, während er jetzt bis 500 R. geht. Ein Credit bis zur Höhe von 500 R. würde für die meisten Landwirthe schon genügen. Treten die Landwirthe diesem Vereine bei, so können sie selbst für die Vergrößerung des Vermögens, somit für die Steigerung des Credits des Vereins und der einzelnen Mitglieder thätig sein und den Segen solcher Selbsthilfe würden sie bald erkennen lernen.

Die Höhe des an unsere Vereine zu zahlenden Zinsfußes wird bedingt von der Höhe des von den Vereinen für die geliehenen Capitalien zu zahlenden Zinsfußes. Im Allgemeinen nehmen die Vereine 2 Procent an Zinsen mehr, als sie zu zahlen haben, bei großem Umsatz genügt 1, vielleicht auch 1/2 Proc. plus. Da aber von diesem plus ein Theil an die Mitglieder als Dividende zurückfließt, so kann dasselbe bei Besprechung der Höhe des Zinsfußes nur in beschränkter Weise zu berücksichtigen sein. Die Höhe dieses plus hängt ebenso von der größeren oder geringeren Beteiligung des Publikums an unseren Vereinen ab, wie der von den Vereinen zu zahlende Zinsfuß. Treten die Landwirthe unseren Vereinen bei und deponiren sie alles ihnen auf längere oder kürzere Zeit disponible Geld — die meisten Landwirthe haben zeitweise Geld zinslos liegen — in den Vereins-Kassen, so werden die Vereine ihr Disconto sehr bald herabsetzen können.

So mancher wohlhabende Mann tritt den Voranschüßvereinen wegen der bei ihnen geltenden Solidarhaft nicht bei, er fürchtet, bei vorkommenden Verlusten werde man sich zuerst an die begüterten Mitglieder halten und er hat nicht Lust, sein Vermögen zu Gunsten weniger bemittelter Personen aufs Spiel zu setzen. Diese Furcht ist aber bei einer richtigen Verwaltung unbegründet. Die Verluste, welche bei den Vereinen bis jetzt vorgekommen, sind höchst unbedeutend. Der hiesige Verein hat während seines dreijährigen Bestehens noch keinen Verlust erlitten und doch haben wir durchschnittlich 15,000 R. an Voranschüssen ausbezahlt. Trotzdem sind aber alle Vereine auf Verluste vorbereitet; in erster Linie ist dazu der Reservefond bestimmt, reicht dieser nicht aus, dann wird das Guthaben der Mitglieder angegriffen und erst wenn auch dies nicht genügt, kann von einer Gefahr für das sonstige Vermögen der Mitglieder die Rede sein. Sache der Mitglieder ist es, darüber zu wachen, daß der Reservefond, sowie das Guthaben der Mitglieder — beide zusammen genommen — das eigene Vermögen des Vereins — in genügendem Maße anwachsen und daß das fremde, geliehene Capital in einem bestimmten, ausreichenden Maße Sicherheit gewährenden Verhältnisse zum eigenen Vermögen stehe. Der hiesige Verein hat in runden Zahlen 12,000 R. fremde Gelder und 3000 R. eigenes Vermögen; es könnten also schon 3000 R. verloren gehen, ohne daß das Privatvermögen der Mitglieder angegriffen werden dürfte. Das Vereinsvermögen wächst ununterbrochen und mit diesem Wachsen gestaltet sich das Verhältniß zwischen eigenem Vermögen und fremdem Capital immer günstiger, es verringert sich also die Gefahr für die einzelnen Mitglieder immer mehr. Während wir im hiesigen Verein Anfangs das Beinhaken des eigenen Vermögens an fremdem Capital aufnehmen mußten, genügt schon jetzt das Bierschädel.

Die Gefahr, welche aus der Solidarhaft für vermögende Mitglieder entstehen kann, ist also sehr gering und sie verschwindet bei einer richtigen Verwaltung ganz. Daß aber die Verwaltung eine gute sei, das ist Sache der Mitglieder, sie sollen die Verwaltung kontrolliren, in den General-Versammlungen alle Mängel besprechen und für deren Abhilfe sorgen. Erst dadurch erhalten die Vereine Lebenskraft und gehen einer immer weiteren Entwicklung entgegen. Wieder also sehen wir die Nothwendigkeit der Selbsthilfe.

Die deutschen Genossenschaften gehen einer großen Zukunft entgegen und die Voranschüßvereine werden zu allgemeinen Volksbanken erstarken, sobald alle staatlichen Hindernisse gefallen sein werden; an diesen Hindernissen haben sie ihre Kraft erprobt und ihre Lebensfähigkeit erwiesen. Mögen die deutschen Landwirthe unsere Erfolge im Auge behalten, mögen sie in einer so hochwichtigen Angelegenheit nicht hinter der Zeit zurückbleiben, mögen sie ihrer eigenen Kraft vertrauen und nicht Staatshilfe, sondern Selbsthilfe zu ihrem Motto machen!

Vornehmlich dem kleinen und mittleren Landwirth fehlt Betriebs-Capital. Ein Credit von 100 oder ein paar 100 R. auf 3 bis 6 Monate würde allmählich seine gesammten Verhältnisse ändern. Die Bauern in hiesiger Gegend haben im Allgemeinen auf ihren Grundstücken wenig Schulden; gegen einen Vermert im Hypothekenbuche würden ihnen die Voranschüßvereine ohne Weiteres Credit geben. Es kommt nur, wenn den Bauern das Wesen der Voranschüßvereine klar ist, und dies wäre Sache der Besitzer größerer Güter, selbst wenn sie den Credit unserer Vereine zur Förderung des wirtschaftlichen und des unsers Volkes sich an unsern Vereinen

betheiligen und ihre weniger intelligenten und weniger begüterten Berufsgenossen zum Beitritt veranlassen.

Nach diesem Versuche, den Werth der Voranschüßvereine in wirtschaftlicher und stitlicher Beziehung dem größeren Publikum deutlich zu machen, seien noch einige Worte über Hypothekenbanken gestattet. — Die Klage, daß Geld auf Hypothek schwer zu erlangen sei, ist allgemein. Ueber die Wege zur Abhilfe sind die Ansichten verschieden. Die Ansicht, daß der Staat für den Geldbedarf einzelner Volksklassen zu sorgen habe, ist oben widerlegt worden; es kann sich nur um Privathilfe handeln.

Verschiedene Hypothekenbanken sind entstanden, alle gehen von dem Grundbesitz aus, helfen zu wollen, bei allen steht aber, wie es bei einem kaufmännischen Geschäft nicht anders sein kann, in erster Linie das Verdienen und erst in zweiter das Publikum. Will man eine Hypothekenbank gründen, deren Hauptzweck Hilfe für den Grundbesitz und deren Neben- und Verdienst ist, so kann das nur auf genossenschaftlichem Wege geschehen. Preußens größter König, Friedrich III., hat in der Neuzeit das erste Beispiel von größerem Genossenschaftsthe geben, indem er für die Rittergüter die Landbesitzer schuf. Ob dieselben etwa durch Umänderung ihrer Verwaltungsweise- und Taxprincipien zu Hypothekenbanken im Sinne der Zeit umgewandelt werden können, mag hier unerörtert bleiben. Ich beabsichtige nur auf Genossenschaftsbanken, welche den Hypothekenverkehr mit umfassen, hinzuweisen und dazu soll ein Beispiel dienen. Der Straßburger Kreis umfaßt 24 1/2 Meilen oder 544,400 Magdeb. Morgen; nehmen wir an, daß in diesem Kreise die Besitzer von 100,000 Morgen zu einer Genossenschaftsbank zusammenzutreten, so stellt dies, bei einem Werthe von 24 R. pro Morgen, — dem Durchschnittswerte der Grundsteuer etwa entsprechend — ein Grund-Capital von etwa 2 1/2 Millionen Thaler dar. Ob eine solche Baargeld oder Grundbesitz als Capital nachweist, ist in Bezug auf Sicherheit gleich viel. Dürfte nun eine solche Bank Noten ausgeben, in unserem Falle im Betrage von etwa 2 1/2 Millionen Thalern, so würde damit dem Hypothekenbedarf ihrer Mitglieder vollaus Genüge geschehen und die Bank würde außerdem im Stande sein, auch für den gewöhnlichen Credit ihrer Mitglieder sorgen zu können.

Auf die Richtigkeit der angegebenen Zahlen kommt es hier weniger an, als darauf, daß Genossenschaftswesen in Bezug auf Hypothekenverkehr in Anregung zu bringen und daran zu erinnern, daß das Capital, welches im Grundbesitz steht, durch die Principien der Selbsthilfe und der Solidarhaft zu einer Geldmacht umgeschaffen werden kann, welche der Concurrenz mit andern Geldmächten vollständig gewachsen sein würde. Wollen die intelligenten Landwirthe diese Principien zur Anwendung bringen, so werden sie auch die richtigen Wege zum Ziele finden und sie werden dadurch, daß sie die wirtschaftlichen Interessen ihrer Berufsgenossen fördern, auch mitarbeiten an dem schönen Werke deutscher Genossenschaften.

Ist es gelungen, wenn auch nur einzelne Landwirthe, von dem Werthe der Genossenschaften in Bezug auf ihr Gewerbe zu überzeugen, so ist der Zweck dieser Zeilen erreicht.  
D. Jung in Lautenburg.

Berlin. Die polnische Fraction des Abg. hat eine in französischer Sprache abgefaßte Adresse, welche durch eine zufällige Verzögerung nicht mehr, wie dies ursprünglich beabsichtigt, mit der deutschen Adresse zugleich aufgegeben werden konnte, durch zwei ihrer Mitglieder dem Gesandten der Vereinigten Staaten überreichen lassen.

Stettin. Die „N. St. Z.“, in der Angelegenheit des Invaliden Steffke wegen Verleumdung des Major Zante angeklagt, ist vom Kreisgericht in Stettin freigesprochen.

Petersdorf i. Schl. Am 30. v. M. haben sich hier mehrere erfahrene Männer der Gemeinden Schreiberhau, Bernersdorf, Kaiserwaldau, Seifersdorf, Ludwigsdorf und Petersdorf zu Vorberathungen über Gründung eines Vereins versammelt, der sich die Heranbildung des Volks, insbesondere der Arbeiter, Schutzes seiner Rechte, Förderung seines Wohlstandes, Pflege der Gesundheit und Unterstützung und Hilfe in Krankheit, Noth und Gefahr zur Aufgabe machen soll. Zur Erreichung dieser Zwecke sollen zunächst folgende Mittel dienen: Belehrende Vorträge, Vertheilung belehrender Schriften, Unterricht in den für die Arbeiter nöthigsten Zweigen der Wissenschaft und Kunst, Rath in Rechtsachen, Ermittlung lohnender Arbeit und Absatzquellen, billigen Einkauf der nöthigsten Lebensmittel und Rohprodukte, Errichtung einer Väterei, Organisation der Kranken- und Gesundheitspflege, Schritte zur Berufung eines tüchtigen Arztes und Errichtung einer Apotheke, sowie Gründung der nöthigen Hilfs- und Pensionskassen.

Burg, 3. Mai. (M. Z.) Die hiesigen Fabrikanten haben die Zeit, während welcher die Arbeiter feierten, dazu benutzt, für ca. 30,000 R. mechanische Webstühle in ihren Fabriken zu beschaffen, wodurch sie nicht nur ihre Fabrication verbessert, sondern sich auch von den Tuchmachergesellen weniger abhängig gemacht haben.

Amerika. Eine New Yorker Correspondenz der „H. N.“ berichtet Details über das Attentat, welche eine weit verbreitete Verwirrung wahrscheinlich machen. In einem Koffer Booth's fanden sich Briefe ohne Unterschrift, welche beweisen, daß er den Vorsatz lange vorher gefaßt und den 4. März, den Tag der zweiten Inauguration des Präsidenten, zur Ausführung bestimmt hatte; von seinen Vertrauten aber gewarnt worden war, weil die Polizei Wind davon habe und der Tag ungünstig sei. „Er solle erst nach Richmond gehen und sich mit den Betreffenden berathen.“ Die sämmtlichen Telegraphendrähte, die in Washington zusammenlaufen, waren — jedenfalls nur wenige Minuten vor der That — durchgeschnitten worden; ein Beweis, daß zahlreiche Gehilfen thätig waren. Die Erbitterung der Bevölkerung in Washington



